

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: 45 16 31, KL. 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 31. Jänner 1958

Blatt 147

Vorschau auf die Wiener Festwochen

=====

31. Jänner (RK) Soeben ist der Vorprospekt für die Wiener Festwochen 1958 erschienen, die vom 31. Mai bis 22. Juni abgehalten werden. Die feierliche Eröffnung findet traditionsgemäß durch Bundespräsident Dr. Schärf vor dem festlich beleuchteten Rathaus statt.

Aus dem Prospekt ist das Programm der Festwochen in großen Zügen bereits zu ersehen. Die Staatsoper bringt eine Woche des zeitgenössischen Opernschaffens, das Burgtheater einen Grillparzer-Zyklus. Die Volksoper stellt sich mit einer Reihe von klassischen Wiener Operetten ein und das Raimundtheater mit dem Dreimäderlhaus. Im Volkstheater wird Raimund einziehen mit "Der Diamant des Geisterkönigs", das Theater in der Josefstadt bringt "Anatol" von Arthur Schnitzler als Neufassung mit Musik von Robert Stolz. In den Kammerspielen wird "Rendezvous in Moskau" als Uraufführung über die Bretter gehen. Eine besondere Attraktion der Wiener Festwochen verspricht diesmal im Musikverein das erste europäische Chorfest zu werden, an dem sich berühmte Chöre des Kontinents beteiligen werden.

Unter den übrigen Veranstaltungen ist besonders das Europagespräch hervorzuheben, bei dem verdiente Persönlichkeiten der Europabewegung in Wien zu Wort kommen werden. Auch der Jugend räumen die Wiener Festwochen diesmal einen besonderen Platz ein. 500 junge Menschen aus aller Welt werden im Juni als Gäste der Stadtverwaltung nach Wien kommen. Sie werden eine Woche lang an der festlichen Atmosphäre dieser Stadt teilhaben. Ihnen zu Ehren wird diese Zeitspanne zur Jugendfestwoche ernannt.

- - -

Ehrenring der Stadt Wien für Anton Rohrhofer
=====

31. Jänner (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute einstimmig beschlossen, dem ehemaligen Stadtrat Kommerzialrat Anton Rohrhofer, der am 20. Dezember seinen 75. Geburtstag feierte, für seine Verdienste den Ehrenring der Stadt Wien zu verleihen.

Anton Rohrhofer wurde 1882 in Wien geboren. Er stammt aus einer alten Wiener Fuhrwerkerfamilie. Nach seiner Rückkehr aus dem ersten Weltkrieg im Jahre 1919 übernahm er die väterliche Firma, die er zu einem modernen Großbetrieb ausbaute. 1925 gründete er den Verband der Transportgewerbetreibenden, 1928 wurde er Vorsteher der Genossenschaft der Wiener Großfuhrwerker, von 1934 bis 1938 war er Innungsmeister der Österreichischen Fuhrwerkerinnung, die ihn auch in die Wiener Handelskammer entsandte. Während der NS-Zeit war er aller seiner Funktionen enthoben; 1940 schloß sich Rohrhofer der Widerstandsbewegung an. Nach Beendigung des 2. Weltkrieges übernahm er wieder die Leitung der Wiener Fuhrwerkerinnung und wurde am 4. September 1945 von der ÖVP als Stadtrat nominiert. Bei den Novemberwahlen 1945 wurde er Landtagsabgeordneter und Gemeinderat der ÖVP. Als Stadtrat war ihm die Geschäftsgruppe VII, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, übertragen. Er übte diese Funktion bis Februar 1950 aus und war von da an wieder in seiner Firma tätig. Außerdem wurde ihm die Stelle eines Obmannes der Sektion Verkehr der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft übertragen.

Stadtrat a.D. Kommerzialrat Anton Rohrhofer hat durch Jahrzehnte die Interessen des Gewerbestandes vertreten, er hat sich aber auch in einer Reihe anderer Vereinigungen, besonders aber in der Stadtverwaltung tatkräftigst für das Wohl der Stadt Wien eingesetzt. Auch im Rahmen caritativer Vereinigungen hat er viel zur Linderung der Not der Wiener Bevölkerung beigetragen.

Gemeinderat dankt zwei scheidenden Stadtwerke-Direktoren
=====

31. Jänner (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute dem kaufmännischen Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe Dr. Friedrich Honigmann und dem kaufmännischen Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke Alois Janacek anlässlich ihrer Versetzung in den Ruhestand für ihr verdienstvolles Wirken einstimmig Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Vizedirektor Dr. Friedrich Honigmann wurde am 17. Juli 1892 geboren und trat am 8. März 1920 in den Dienst der Stadt Wien. Mit Stadtsenatsbeschluss vom 14. Jänner wurde er auf eigenes Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt. Dr. Honigmann war seit mehr als 25 Jahren durchwegs an leitender Stelle als Verwaltungsjurist tätig und hat sich auf dem Gebiet des Personalwesens durch organisatorische Maßnahmen besonders verdient gemacht.

Vizedirektor Alois Janacek wurde am 27. Juni 1892 geboren und steht seit 2. Jänner 1911 im Dienst der Stadt Wien. Mit Beschluss des Stadtsenates vom 14. Jänner wurde er auf eigenes Ansuchen in den dauernden Ruhestand versetzt. Janacek war seit mehr als 28 Jahren durchwegs in leitender Stellung tätig und hat sich sowohl auf dem Gebiet des Verwaltungsdienstes als auch des kaufmännischen Dienstes besonders verdient gemacht.

- - -

Ein Vortrag über Van Gogh
=====

31. Jänner (RK) Anlässlich der Van Gogh-Ausstellung des Kulturamtes der Stadt Wien hält der Leiter des Krölller-Müller-Museums in Otterlo (Holland) Prof. A.M. Hammacher Montag, den 3. Februar, um 18.30 Uhr, im Vortragssaal des Österreichischen Museums für angewandte Kunst, Wien 1, Weiskirchnerstraße 3, einen Vortrag über Vincent van Gogh. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei.

- - -

Wiener Landtag

=====

31. Jänner (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute zu einer kurzen Sitzung zusammen. Es lag eine Anfrage der ÖVP vor.

Über den einzigen Punkt der Tagesordnung, ein Auslieferungsbegehren des Strafbezirksgerichtes Wien, referierte Abgeordneter Dr. Dipl.-Ing. Hengl (ÖVP). Das Strafbezirksgericht Wien hat das ersuchen um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Zink (ÖVP) wegen Verdachtes der Übertretung nach § 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gestellt. Abg. Zink ist Geschäftsführer der "Bad Ischler Gesundheitssalz-Ges.m.b.H", die im Wettbewerb mit einer anderen Firma steht. Zwischen den beiden Firmen ist nun ein Rechtsstreit wegen der Bezeichnung des Salzes entstanden. Der Abgeordnete hat selbst seine Auslieferung begehrt, und das Immunitätskollegium hat einstimmig beschlossen, den Antrag auf Auslieferung zu stellen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Immunitätskollegiums einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der Landtagssitzung erledigt.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

31. Jänner (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas trat im Anschluß an den Landtag der Wiener Gemeinderat zusammen. Es lagen acht Anträgen der VO vor. Ferner hat die VO einen Antrag, betreffend "Wiederanbringung der Februar-Gedenktafel am Karl Marx-Hof" gestellt. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Wie der Vorsitzende mitteilte, hat Gemeinderat Johann Swoboda (SPÖ) mit Schreiben vom 6. Jänner sein Mandat wegen seines dauernd schlechten Gesundheitszustandes zurückgelegt. Der Bürgermeister hat den Verzicht zur Kenntnis genommen und als Ersatzmann Karl Rösner (SPÖ) in den Gemeinderat einberufen. Der neue Gemeinderat leistete nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer das Gelöbnis.

Der Bürgermeister würdigte nun die Verdienste des ehemaligen Gemeinderates Swoboda, der schon in den Jahren 1929 bis 1934 und dann wieder von 1946 bis zum Jänner dieses Jahres dem Wiener Gemeinderat und dem Landtag angehörte. Er war ferner Mitglied des Finanzausschusses, des Unvereinbarkeitsausschusses und des Disziplinarkollegiums. Seine verdienstvollste Tätigkeit entfaltete er in Gemeinderatsausschuß für das Wohnungswesen, dem er fast zwölf Jahre hindurch ununterbrochen angehörte. Wo immer er wirkte, hat er mit seinen reichen Erfahrungen und seiner Herzenswärme dem allgemeinen Wohl gedient und dabei sein redliches Wollen bewiesen. Ich glaube, daß er in diesem Hause keinen wirklichen Feind besessen und sich allseits persönliche Achtung erworben hat, sagte der Bürgermeister. So erfülle ich denn eine Ehrenpflicht, wenn ich dem aus unserer Mitte geschiedenen Herrn Gemeinderat Johann Swoboda in voller Anerkennung für sein Wirken den Dank der Wiener Stadtverwaltung bekunde. (Allgemeiner Beifall.)

Hierauf wurden verschiedenen Wahlen vorgenommen. Als neue Schriftführer des Gemeinderates für ein Jahr wurden gewählt: Von der SPÖ die Gemeinderäte Maria Hirschler, Maria Jacobi, Fritz Konir und Leopold Mistingger. Von der ÖVP Markus Bittner und Franz Walzer. Als Mitglied des Gemeinderatsausschusses für Wohnungswesen wurde Gemeinderat Hans Bock (SPÖ) gewählt, als Mitglied des Gemeinderats-

ausschusses für Personalangelegenheiten Gemeinderat Michael Mann (SPÖ).

GR. Helene Potetz (SPÖ) referierte sodann über eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Schönbrunner Straße, Bischoffgasse, Rosasgasse und Grünbergstraße im 12. Bezirk. Die Verhandlungen über diese Abänderung wurden im Einvernehmen mit allen zuständigen Stellen geführt. Erforderlich wurde diese Änderung durch die Absicht einer Firma, im Dreherpark eine Autoreparaturwerkstätte zu errichten. Bei dem Projekt soll jedoch auf die Erhaltung des schönen Baumbestandes Rücksicht genommen werden.

GR. Dkfm. DDr. Prutscher (ÖVP) stellt fest, daß man diesem Geschäftsstück nur mit Widerstreben zustimmen können, handle es sich doch hier um eines der wichtigsten Erholungszentren unserer Stadt. Hier habe sich wieder einmal bewiesen, wohin der Mangel einer vorausschauenden Planung führt. Der Plan für das Gebiet des Dreherparkes wurde erst erstellt, als eine Firma den Grund für die Errichtung einer Reparaturwerkstätte bereits angekauft hatte. Würde man nun dieser Firma die Errichtung der Reparaturwerkstätte verweigern, hätte die Gemeindeverwaltung entsprechenden Schadenersatz zu leisten, was eine Vergeudung öffentlicher Mittel wäre. Er könne daher nur immer wieder eine grundlegende Planung fordern. Diese ungenügende Planung habe sich auch bei der Opernkreuzung, beim Ringturm und bei noch vielen anderen Bauwerken nachteilig ausgewirkt und bedeutende Mehrkosten verursacht. Auch die heute auf der Tagesordnung stehende Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Linker Wienzeile, Laingrubengasse, Gumpendorfer Straße, Lehárgasse und Girardigasse sei nicht vorausschauend geplant. In diesem Gebiet herrsche schon jetzt eine Verkehrsmisere und überdies sollte die Verlegung des Naschmarktes berücksichtigt werden.

GR. Dr. Prutscher stellt abschließend fest, seine Fraktion stimme dem vorliegenden Antrag nur zu, um die Gemeindefinanzen vor einem sehr beträchtlichen Schaden zu bewahren.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Hierauf berichtet Stadtrat Afritsch (SPÖ) über den Landesbeitrag 1958 zur Hagelversicherung. Auf Grund des Hagelförderungs-gesetzes gewährt der Bund Zuschüsse für die Prämien der Hagelversicherung. In gleicher Weise stellt auch das Land Wien Beihilfen für diesen Zweck zur Verfügung. So wie im Vorjahr besteht die Absicht, daß Bund und Land je 10 Prozent zu den Prämien beitragen. Der Landesbeitrag wird voraussichtlich 110.000 Schilling erfordern.

GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl (ÖVP) erklärt, daß der Beitrag, den die Gemeinde Wien im Jahre 1957 gegeben hat, wirklich eine Initialzündung bedeutete, denn die Versicherungsprämien haben sich dadurch in Wien ganz enorm erhöht. Es ist zu hoffen, daß auch der diesjährige Beitrag die Versicherungssummen in Wien auf eine noch größere Höhe bringen wird und daß noch mehr Bauern, Gärtner und Weinbauer sich versichern lassen, damit sie nicht im Schadensfalle die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen müssen.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird der Antrag auf Bewilligung des Landesbeitrages einstimmig angenommen.

Über die Gewährung von zinsfreien Darlehen für die Instandhaltung von Wohnhäusern referiert gleichfalls Stadtrat Afritsch. Die Wiener Wohnhäuser sind, wie der Stadtrat hervorhebt, zum großen Teil veraltet und weisen überdies in ihrem Erhaltungszustand erhebliche Mängel auf, sodaß die Instandsetzung beträchtliche Mittel erfordert. Wenn die Schlichtungsstellen über die Erhöhung der Hauptmietzinse zu entscheiden haben, sind sie oft gezwungen, beträchtliche Zinserhöhungen zu verfügen. Dies bedeutet für Mieter mit niedrigem Einkommen eine harte Belastung. Die Stadtverwaltung war daher bestrebt, in jenen Fällen, in denen die Belastung durch die erhöhten Hauptmietzinse besonders hoch ist, eine Erleichterung für die Mieter dadurch zu schaffen, daß zinsfreie Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren gewährt werden.

Gemäß dem vorliegenden Antrag soll der Gesamtbetrag für diese Darlehen von bisher 150 auf 200 Millionen Schilling erhöht werden. Voraussetzung für die Darlehen ist, daß es sich um berücksichtigungswürdige Fälle handelt und daß eine Erhöhung der Hauptmietzinse auf mehr als das Viereinhalbfache des normalen Hauptmietzinses, mindestens aber auf 80 Schilling monatlich für eine Mieteinheit von der Schlichtungsstelle oder durch Gericht bewilligt wurde.

GR. Hausner (VO) erkennt an, daß die Kredithilfe der Gemeinde

Wien für die Mieter in den privaten Wohnhäusern von unschätzbarem Wert ist, denn für viele Mieter wäre es sonst überhaupt unmöglich, die aufgelaufenen Reparaturkosten zu bezahlen. Der § 7 des Mietengesetzes ist vielfach zu einer Geißel für die Menschen in den Althäusern geworden, weil sie vor der Alternative stehen, entweder die hohen Reparaturkosten auf sich zu nehmen oder das Haus und die Wohnungen weiter verfallen zu lassen. Immer dringender erhebt sich die Forderung nach Schaffung eines zentralen Reparaturausgleichsfonds.

Die Einschränkung der Kredithilfe auf Fälle, in denen die Mieter schon sehr hohe Mietzinse zahlen müssen, bedeutet eine besondere Härte, die dadurch gemildert werden könnte, daß die Gemeinde die Kreditlaufzeit entsprechend erhöht.

Leider werde bei Abschlüssen über Reparaturarbeiten an Althäusern immer wieder versucht, möglichst hohe Provisionen zu erreichen. Die zuständige Magistratsabteilung sollte bei der Überprüfung der Preise das Geben und Nehmen von Provisionen nach Möglichkeit verhindern.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird der Antrag einstimmig angenommen.

GR. Liwanec (SPÖ) referierte über die Erhöhung des ursprünglich bewilligten Sachkredits von 25 Millionen Schilling für den Neubau des Museums der Stadt Wien auf dem Karlsplatz um 13,8 Millionen Schilling auf 38,8 Millionen Schilling. Wie er ausführte, wurde der Antrag von den zuständigen Ausschüssen der Magistratsdirektion und dem Stadtsenat begrüßt. Die Erhöhung wird von den Museen der Stadt Wien ausführlich begründet. Im Laufe der Bauzeit haben sich verschiedene Materialkostenerhöhungen ergeben und auch die Löhne sind gestiegen. Vor allem aber ist die Erhöhung darauf zurückzuführen, daß sich beim Bau des Museums im Laufe der Zeit Notwendigkeiten ergaben, die vorher nicht bekannt sein konnten.

GR. Maller (VO) sagt, daß der Gemeinderat heute wieder einen ansehnlichen Nachtragskredit zu beschließen habe, wie schon vor kurzem bei der Stadthalle. Er sei nicht dagegen, daß diese 13,8 Millionen Schilling bewilligt werden, verlangt jedoch, daß gewissenhafter geplant wird. Man müßte zum Beispiel schon vorher gewußt haben, daß das Museum eine Klimaanlage braucht.

GR. Arch. Lust (ÖVP) stellt ebenfalls fest, daß es sich wie

bei der Stadthalle um merkliche Überschreitungen handelt, mit denen sich der Gemeinderat heute beschäftigen müsse. Es sei daher nur verständlich, daß sich Stimmen der Kritik erheben. Es scheint so zu sein, daß man zuerst einen niedrigeren Betrag angibt, um die Genehmigung des Bauvorhabens leichter durchsetzen zu können. Bei der Erstellung des ersten Nachtragskredites vor eineinhalb Jahren hätte man jedoch schon so weit sein müssen, die endgültigen Kosten berechnen zu können. Die große Planlosigkeit dieses Bauvorhabens läßt sich schon aus einigen wenigen Zahlen erkennen. So sei es eine Unmöglichkeit, drei Jahre nach Baubeginn in einem Nachtragskredit 750.000 Schilling für zusätzliche Architektenhonorare, 220.000 Schilling für Arbeiten der Statiker und 400.000 Schilling für Vorprojektierungs- und Wettbewerbskosten beschließen zu lassen. Auch die Notwendigkeit des Einbaues einer Klimaanlage dürfte man erst während eines sehr späten Zeitpunktes des Bauens erkannt haben. Die ÖVP könne sich mit einer derartigen Vorgangsweise nicht einverstanden erklären. Für derartige Bauvorhaben müßte ein erfahrenes Arbeitsteam von Ziviltechnikern bestellt werden, das im Verein mit den Beamten der Stadt Wien Projekte ausarbeiten und vorlegen sollte die baureif sind und auch kostenmäßig richtig erstellt wurden. Der Gemeinderat muß sich bei seinen Beschlüssen auf fachlich und rechnerisch einwandfreie Unterlagen stützen können. Dieser an sich selbstverständliche Zustand müßte endlich erreicht werden. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Liwanec erklärt, daß bei Beantragung des ersten Nachtragskredites bereits darauf verwiesen wurde, daß die Gesamtkosten noch nicht endgültig feststehen. Dieser Hinweis wurde gemacht, da auch zu dieser Zeit die Planung noch nicht abgeschlossen sein konnte. Die Zahl der Detailpläne hat sich während des Bauens bedeutend vergrößert. Dies treffe aber nicht nur beim Museum zu. Auch in anderen Ländern und Städten könne man bei so außergewöhnlichen Bauvorhaben das gleiche feststellen. Der Bau des Salzburger Festspielhauses wird fast doppelt so viel kosten als angenommen wurde und auch bei der Berliner Kongreßhalle wurden die ursprünglichen Baukosten um über 100 Prozent überschritten. Man müsse auch diese Dinge sehen, ehe man von Planlosigkeit und Bössartigkeit spricht. Auf viele Dinge könne man bei so großen Bauwerken erst während des Bauens. Es war zum Beispiel ursprünglich die gleiche Naturstein-

fassade vorgesehen, wie sie beim Westbahnhof verwendet wurde. Nun hat sich jedoch herausgestellt, daß die Fassade des Westbahnhofes doch nicht die beste ist und man daher für das Museum eine andere verwenden muß. Zur Kritik am Standort des Museums ist zu sagen, daß Kapazitäten wie Rainer und Holzmeister gegen diesen Platz nichts einzuwenden hatten. Auch Otto Wagner hat diesen Standort schon vor Jahrzehnten als den einzig richtigen angesehen. Man dürfe auch den Beamten, die sich ständig bemühen, ein Bauvorhaben gut zu erstellen, nicht dauernd Vorwürfe machen, denn sie leisten besonders bei solcher einmaligen Vorhaben ihr Bestes.

Bürgermeister Jonas nimmt zur Frage des Standortes des Museums Stellung und ruft in Erinnerung, daß seinerzeit bei der Ausschreibung des Wettbewerbes den Architekten, die sich zu bewerben gedachten, der Platz neben der Karlskirche wohl als der zukünftige Bauplatz für das Museum vorgeschlagen wurde. Es wurde ihnen aber freigestellt, einen anderen Vorschlag zu machen. Von den fast hundert Entwürfen hat jedoch kein einziger einen anderen Standort vorgeschlagen. Es wurden bei der Ausschreibung auch die Ratschläge und Forderungen der Architekten berücksichtigt, soweit sie die Architektur und die Höhe des Gebäudes betrafen. So wurde gefordert, daß das Museum keine Konkurrenz für die Karlskirche sein soll und daher bescheiden ausgestaltet sein muß und daß das Museumsgebäude auch nicht höher sein dürfe als die Hauptgesimslinie der Karlskirche. Diese Bedingung wurde den Architekten gestellt und sie wurde in den Wettbewerbsbestimmungen berücksichtigt und auch eingehalten.

Prof. Clemens Holzmeister hat dem Bürgermeister in einem Gespräch erklärt, wenn er mit der Auswahl des Platzes und mit der Höhe des Gebäudes nicht einverstanden wäre, hätte er sich am Wettbewerb nicht beteiligt. In den letzten Wochen sind aber nun wieder Meinungen aufgetaucht, das Gebäude müßte höher sein. Die Gemeinde ist nicht in der Lage, den jeweils wechselnden Anschauungen von Architekten Rechnung zu tragen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters bei Stimmenthaltung der ÖVP angenommen.

Alle übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne Wortmeldung angenommen.

Bürgermeister Jonas schloß hierauf um 12.50 Uhr die Sitzung.

Umsiedlung einer Beratungsstelle
=====

31. Jänner (RK) Ab Montag, den 3. Februar, finden die Geburtshilfe und Schwangorenberatungen der Semmelweis-Frauenklinik der Stadt Wien an allen Wochentagen von 8 bis 11 nicht wie bisher in 18, Bastiengasse 56-58, sondern in den neuadaptierten Räumen 18, Hockegasse 35, Ecke Erndtgasse, statt. Die neue Beratungsstelle ist zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 41, Haltestelle Gersthofer Straße - Erndtgasse.

- - -

Pferdenachmarkt vom 30. Jänner
=====

31. Jänner (RK) Inland kein Auftrieb. Auslandsschlachthof: unverkauft vom Hauptmarkt: 22 Stück aus Jugoslawien, Preis 6.30 bis 6.50, 10 Stück aus CSR, Preis 6.46 S.

- - -

Das Kulturamt der Stadt Wien brachte Van Gogh nach Wien

=====

Massenbesuch der Wiener wird weitere Großausstellungen ermöglichen

31. Jänner (RM) Mit der Eröffnung der "Van Gogh-Ausstellung", die Bürgermeister Jonas morgen vormittag im Oberen Belvedere vornehmen wird, steht den Wienern ein Kulturereignis außergewöhnlichen Ranges bevor. Sie ist die erste große Ausstellung von internationalem Format, erklärte Stadtrat Mandl heute nachmittag bei einer Vorbesichtigung durch die Vertreter der in- und ausländischen Presse, die bei uns seit vielen Jahren zustande gekommen ist.

Dem Kulturamt der Stadt Wien ist es gelungen, die bedeutendsten Werke aus der großen Periode Van Goghs nach Wien zu bringen. Sie bilden den Hauptbestand des Rijksmuseums Kröller-Müller in Otterlo und sind die zweitgrößte Sammlung von Van Gogh-Bildern überhaupt. Die rund 100 Meisterwerke aus Holland, die nun in Wien bis Ende März zu sehen sein werden, wurden noch durch Leihgaben der Bayrischen Staatsgemäldesammlungen in München, des Kunsthistorischen Museums in Wien und durch Graphiken aus dem Besitz der Albertina Wien vermehrt. Die Gemälde und Zeichnungen füllen sechs Säle des Oberen Belvederes.

Der morgigen Ausstellungseröffnung sind seitens des Kulturamtes und des Kröller-Müller-Museums sorgfältige Vorarbeiten vorangegangen, deren Ausmaß erst dann verständlich wird, wenn man weiß, daß die in Wien gezeigten Van Gogh-Bilder auf elf Millionen Gulden versichert sind. Jedes Gemälde mußte gegen klimatische Einwirkungen fachgemäß geschützt und einzeln in Kisten verpackt werden. Der Sondertransport aus Otterlo, von der Konservatorin des Holländischen Museums begleitet, ist am vergangenen Samstag bei Wahrung sämtlicher Sicherheitsvorkehrungen in Wien eingetroffen.

Stadtrat Mandl gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Wiener Bevölkerung durch ihr Interesse für die Werke des großen holländischen Meisters es dem Kulturamt der Stadt Wien leichter machen werde, demnächst weitere Ausstellungen europäischer Kunst nach Wien vermitteln zu können. Vorgesehen sind Großausstellungen von Werken berühmter Meister wie Cezanne, Gauguin und Munch.

Die Führung der Journalisten durch die Ausstellungsräume besorgten Univ.Prof. Novotny und der Direktor des Rijksmuseums Kröller-Müller Prof. A.M. Harmacher.

Wiener Alweg-Studiengruppe machte die erste Probefahrt
 =====

31. Jänner (RK) Die Delegation der Wiener Stadtverwaltung, die sich gestern nachmittag nach Köln begeben hat, um die Alwegbahn auf der Versuchsstrecke zu besichtigen, ist heute früh an ihrem Bestimmungsort eingetroffen, wo sie am Bahnhof von Vertretern der Alweg-Gesellschaft empfangen wurde. Noch am frühen Vormittag stattete die Delegation dem Kölner Oberbürgermeister einen Besuch ab. Anschließend hat sie sich sofort auf das Versuchsgelände der Alweggesellschaft begeben. Der Studiengruppe gehören bekanntlich die Stadträte Slavik, Finanzen, und Drfm. Nathschläger, Städtische Unternehmungen, sowie Magistratsdirektor Dr. Kinzl, Stadtbau- und Verkehrsamt Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Pecht, Gaswerksdirektor Dr. Ing. Horak als Vertreter der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke, Vizedirektor der Wiener Verkehrsbetriebe Dipl.-Ing. Görg sowie zwei weitere Techniker der Verkehrsbetriebe und zwei Vertreter des Personals an. Ihnen schloß sich die unter der Führung von Stadtrat Riemer stehende Delegation an, die sich gegenwärtig in der Deutschen Bundesrepublik befindet, um verschiedene Probleme der Verwaltungsautomation und vor allem deutsche Krankenhäuser zu besichtigen.

Bei der ersten Probefahrt wurde eine Spitzengeschwindigkeit von 85 Kilometer erreicht. Die Probestrecke in der sogenannten Länge C von 1,3 Kilometern wurde einige Male durchfahren, um die Beschleunigungsmöglichkeiten und die Bremsstrecken prüfen zu können. Die Versuchsfahrt kann als absolut erfolgreich bezeichnet werden. Das komplizierte Weichenproblem scheint technisch glücklich gelöst zu sein. Die vielfachen Versuche mit Wechselumstellungen sind erfolgreich verlaufen. Die Fahrt wurde von den Teilnehmern als angenehm bezeichnet.

Der Besuch der Wiener Delegation wird in der deutschen Presse sehr ausführlich besprochen. Die Deutsche Wochenschau und das Deutsche Fernsehen haben Aufnahmen gemacht.

Anschließend an die Versuchsfahrt fanden die ersten technischen Besprechungen statt. Die Wiener Techniker haben dabei die verschiedensten Fragen aufgeworfen, die kurz besprochen wurden. Die Beratungen der Experten über die einzelnen technischen Probleme werden am Montag weitergeführt.

Heute am späten Nachmittag fand in Köln eine Pressekonferenz statt, die ausgezeichnet besucht war. Die deutschen Pressevertreter interessierten sich eingehend für die Wiener Verkehrsprobleme.

Die Wiener Delegation wird wahrscheinlich am Wochenende die Schwebebahn im Wuppertal besuchen.

Am Samstag Abend wird die Kölner Stadtverwaltung für die Wiener Studiendelegation einen Empfang geben.